

Obwaldner Volksfreund.

Abonnement

(Bei sämtlichen Post-Bureaux.)

jährlich (franko durch die ganze Schweiz) . . . Fr. 4.—
Halbjährlich „ 2. 10
bei der Expedition abgeholt jährlich „ 3. 80
„ „ „ halbjährlich „ 2.—

N. 2.

Erscheint jeden Samstag vormittags.

Einrückungsgebühr für Obwalden

Die einseitige Zeitspaltzeile oder deren Raum 10 Rp
Bei Wiederholungen 8 „

Für Inserate von auswärts

Die einseitige Zeitspaltzeile oder deren Raum 15 Rp
Bei Wiederholungen 10 „

Sarnen, 1899.

14. Januar

29. Jahrgang.

Inserate von Auswärts nehmen für uns entgegen die Annoncen-Expeditionen der Herren Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und Orell Füssli & Co. in Bern, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne, Genf, Berlin, Leipzig, Dresden, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Straßburg und Wien.

* Euer Rede sei klipp und klar:

Ja! Ja! — Nein! Nein!

Was nützen lange politische Programme, in welchen man durch viele Worte den Gedanken zu verwässern und zu verbergen sucht?

Die Hauptsache ist die Grundsätzlichkeit und Konsequenz. — Man muß wissen, was man will. Man muß wollen, was man soll. Man muß reden und handeln, wie man denkt.

Wir wollen einen christlichen Staat, einen humanen Staat und einen Rechtsstaat. Wir wollen Freiheit und darum kein bürokratisches Popstum und keine Helvetik. Wir wollen kein Parteibürokratie und darum keine Parteidiktatur und Alerweltregierung. — Das ist unser politisches Programm.

Schau vorwärts, Berner, und nicht hinter dich! sagte die Stauffacherin zum Stauffacher. — Wir wollen am Jahresanfang unsere Blicke vorwärts richten.

Das Jahr 1898 setzte historische Marksteine, es war ein Säcularjahr. Es hat großenteils mit den alten Kämpfen abgeschlossen. Was zentralisiert ist, das bleibt zentralisiert. Zur Eisenbahnverstaatlichung wird nun der Föderalismus dem Bunde alles Gute wünschen und seine Stellung nicht erschweren. Bezüglich der Rechtsgeetze wird er sich nur mehr fragen, ob sie inhaltlich gut sind oder nicht. — Man soll seine grundsätzliche Stellung im entscheidenden Momente mit aller Entschiedenheit verteidigen; stets aber bleibt man Patriot.

Auf diesem rechtschaffenen Boden sollen sich die konservativen Mannen, die sich vor dem 20. Februar mit sehr viel Schneidigkeit bekämpften, beim Jahreswechsel die Hand zum alten Bruderbunde bieten. Wir haben nach wie vor das heiligste Gut gemeinsam zu verteidigen: die religiöse Freiheit.

Gott Lob, daß auf absehbare Zeit der Marktstreit zwischen Bund und Kantonen im Großen und Ganzen ausgeht. Wir hätten uns doch hierüber im eigenen Lager nie verständigt.

Jetzt aber heißt es: auf dem Boden der neuen Eidgenossenschaft die grundsätzlichen Fragen fest und stramm ins Auge fassen. — Und da müssen wir, wenn wir nicht bei jedem frischen Luftzug wie Mumien zerbröckeln und zerfallen wollen, demokratisch sein, wir müssen sozial sein, wir müssen vor allem festhalten an der Fahne der christlichen Grundsätze. —

Bei der Jahreswende möchten wir nur betonen, wie wir persönlich zu den wichtigen großen Tagesfragen stellen. — Auf festen Positionen stellt man sich am Besten gegen Freund und Gegner.

Zur Schulsubvention sagen wir schon an Hand der Verfassung ganz entschieden Nein. — Schlaumeiereien sind uns immer höchst verdächtig, denn wir haben gar nichts an uns von einem Schlaumeier. Sobald wir vom Bunde Geld nehmen, anerkennen wir das Recht der Bundeskontrolle. Die Bundeskontrolle aber ist der Schulvogt, — in Glacehandschuhen oder mit dem Knöpfstiefeln. Wenn die katholischen Kantone eine tüchtige Schule nicht aus eigener Kraft erhalten können, sind sie der Freiheit nicht mehr wert. Wir wollen viel lieber einen Gegner mit offenem Bistier, mit dem wir rechtschaffen und schneidig kämpfen können, als einen, der mit blinkenden Silberlingen um Grundsätze mit uns schachert. Wir sind vollendet überzeugt, daß hinter der Schulfrage die Freimaurerei steckt, und bei dieser lauzert für uns Katholik immer Geist, und bei dieser zuckert hinter den Worten. Uebrigens ist's eine Sünde gegen den gesunden Menschenverstand, von Schulsubvention zu reden, während man fast die Sterne vom Himmel herunter jammert wegen der eidgenössischen Finanznot. Das Eine oder das Andere ist Parivari.

Das neue Bankgesetz wird der praktische Schweizer zweimal sich anschauen. Das Schweizer Volk hat die Staatsbankrottswegs verworfen im Interesse des großen Kapitals.

Wir würdigen vollauf, daß der riesige Bundeshaushalt eines Geldinstitutes mehr und mehr bedarf, und daß der Regulator des Geldmarktes zunächst in gemeinnützigen, einheimischen Händen liegen sollte. Ohne höchste Solidität und sorgfältigste Organisation ist aber die Bank wegen Verführung zum Schwindel und Papiergeld eine beständige Gefahr, und — vor Allem muß man die Interessen der kantonalen Banken wahren. Sie erleichtern den Kleinverkehr, die Amortisation, den Zinsfuß und die Steuerlast. Sie ermöglichen den Kantonen einen vernünftigen Fortschritt, und dieser Fortschritt erhält und rettet einzig die Kantone. Sie sind das wirksamste Schutzmittel gegen die vorher entsetzlich grassierende Blutlauge bei des Wuchers. — Also — nur eine Bundesbank bei möglichstem Schutz der kantonalen Banken! —

Was das „Fürlo!“ wegen der Bundesfinanzen anbetrifft, so glauben wir in uns'res Herzens Einfalt, „der freisende Berg gebäre ein lächerlich' Mauslein.“ Vor der Sommersonnenwende, also vor den Hundstagen, wird, schon mit Rücksicht auf die Schulmeister, die Staatsrechnung sich günstiger gestalten, und dann wird man gemüthlich im alten Tempo fortfuttschieren. Wir sind, wie schon betont, für das Tabakmonopol, wenn dadurch nicht das Pfeifchen des armen Mannes, wohl aber die Cigarette des Sygerl und der Modepuppe blutet. Wir wollen aber nicht mit dem Tabakmonopol die Krankenversicherung einsparen. Wir sind für Zugszölle und für Zölle zu Schutz und Schirm der Landwirtschaft. Wir wären höchst entschieden dafür, daß man der Bureaukratie ein allzu langes Ohr beschneidet, aber zu dieser Operation besitzt noch kein Dr. Eisenbart das eidgenössische Patent. Wir sind für eine schneidige Wehrkraft, aber gegen alles politische Beterntum und Frau-Basentum, gegen alle unnütze Fucherei und gegen alles Kamassentum im Militär. — Dagegen darf, vom Standpunkte des eidgenössischen Gewissens, von einer Beschneidung der Beiträge an die Gewässerkorrektionen und an die Landwirtschaft keine Rede sein. Die sind kein Almosen, die sind keine Bundesbettel, nein, sie sind ein ganz notwendiger Tribut an die höchst angestrenzte Wehrkraft des schweizerischen Landvolkes.

Wir sind jedenfalls für die Kranken-, Unfall- und Militärversicherung. Wir sind dafür aus Sympathie für die Dienstboten und für Alle, deren strenge, redliche Arbeit es verdient, daß das Vaterland für die Lage ihrer Hilflosigkeit und Krankheit sorgt. Je mehr der Handarbeiter als gleichberechtigter Mensch behandelt wird, und je mehr man den Müßiggang brandmarkt und die redliche Arbeit prämiert und respektiert, um so mehr schützt das Ehrgefühl vor dem Versinken in's Proletariat. Wir können den konservativen Jammer nicht begreifen, weil der Bund 6—7 Millionen an die Not bezahlen sollte, während Kantone, Gemeinden und Privaten jährlich ein paar hundert Millionen zahlen.

Wir sind für ein energisches, nur nicht bürokratisches Lebensmittelpolizeigesetz. Gegen die modernen technischen Hilfsmittel des Betruges sind die Kantone zu klein und die Privaten wehrlos. Der unredliche Wettbewerb und die Dummheit freveln tagtäglich millionenfach gegen das fünfte Gebot und die Volkskraft. Wer aber dem plumpen und raffinierten Betrüge durchaus mit gebundenen Händen gegenüber steht, das sind die armen Leute. Das ist ein Frevel, der zum Himmel schreit. Der Dieb aus Not bevölkert das Zuchthaus, der geschriebene Betrüger wird als „Ehrenmann“ behandelt. Durch die Schundkonkurrenz und durch gewissenlose Lieferanten leidet ganz kolossal der rechtschaffene Gewerbestand. —

Die Doppelinitiative mag taktisch verfrüht sein. Wir sind aber grundsätzlich für die Proporzionalwahl des Nationalrates und für die Wahl des Bundesrates durch das Volk.

Wir wollen keine Mehrheits- und Minderheitsregierung, wir wollen überhaupt kein Parteiregiment, wir wollen die Regierung des Volkes durch das Volk. Wir würden, wenn wir könnten, die politischen Parteien in's

Pfefferland verbannen, sie verpfeffern doch nur das öffentliche Leben. Niemand im Lande, nicht einmal der Storchklub oder das Sauertraunkollegium in Münchenbuchsee, ist gescheidter als das Volk. Soll man denn in der zentralisierten Schweiz das Volk zu Drahtpuppen und Marionetten dressieren oder soll es ein Volk von Republikanern, von selbstbewussten Männern bleiben? Soll das Volk reif genug sein, über den Eisenbahnrückkauf und die kompliziertesten Gesetze abzustimmen, nicht aber die Landesregierung selbst zu wählen. Die Doppelinitiative empfiehlt sich dadurch ungemein, wie man sie verletzern und niederdonnern will. So läßt ein charakterfestes, freigesinntes Volk sich nicht behandeln. Nein, das Schweizer Volk braucht keine Bögte.

Zu den großen eidgenössischen Fragen nahmen wir stetsfort eine entschiedene Stellung, in Sieg und Niederlage aber steht in uns gleich fest die Lieb' und Treue zu Land und Volk der Eidgenossen. Zu einer wahrhaft konsequenten und christlichen Politik gehört vor Gott und der Welt die Hilfe für die Not. An der Reize des Jahrhunderts hat das Schweizer Volk aus tiefstem Herzensgrund dem I. Gott zu danken, daß es trotz heißer Parteikämpfe und trotz sehr schlimmer Gewalttaten ein freies, einiges, glückliches Volk geworden ist, welches seine Zustände mit jenen vor hundert Jahren bei Weitem nicht vertauschen würde. Der Quell des nationalen Glückes aber liegt am Allerwenigsten in der Parteiherrschaft, er liegt neben der Arbeit in jenem Fond des Schweizerherzens, welcher noch weniger in der öffentlichen Armenpflege als in den freien Organisationen und in unzählbaren stillen Taten der Menschenliebe Gottes Segen auf Land und Volk herunterruft.

Eidgenossenschaft.

* Laut Bismarcks Memoiren wollten die Franzosen mit ihm über die Teilung der Schweiz verhandeln. Die großen Hans und die weißen Hähne sind zu viele fähig; die Diplomatie verbirgt unter Sammetpöfchen viel schlimmere als Katzen- oder Fuchsenkrallen; die Weltgeschichte ist großenteils die Geschichte verrückter Persidien. — Ein kleines Volk hat nächst Gott nur eine sichere Freiheitsgarantie: das Bewußtsein der Völker, daß ihm Leben und Vaterland nichts wert sind ohne die Freiheit.

— Zur Proportionalwahl des Nationalrates. Aus Nuenburg, welches bereits seit Jahren für seine Gratiswahlen den „Proporz“ besitzt, ist man über die damit gemachten Erfahrungen voll des Lobes. Wenigstens faßt die „Suisse liberale“ die Eigenschaften der Proportionalwahlen summarisch in die schönen Begriffe „Gerechtigkeit, Friede und Vertrauen“ zusammen. — Etwas ideal scheint die Auffassung doch zu sein!

— Rückkauf der Eisenbahnen. Ein Dämpfer für allzu lebhaft Freunde des Rückkaufes. Schon jetzt rechnet die Bank in Zürich aus, daß nach dem jetzigen Börsenwert der Eisenbahnaktien der Bund statt der 964 Millionen, welche der bundesrätlichen Berechnung zu Grunde lagen, heute schon 1053 Millionen Franken zahlen müßte. Angesichts dieser Sachlage rät die „S. B.“ neuerdings zu Unterhandlungen über einen Rückkauf aus freier Hand, in dem Sinne, daß der Bund mindestens 30 bis 40 Millionen mehr offerieren sollte als obige 964 Millionen.

— Handel und Industrie. Für die Ausarbeitung eines Leitfadens für Handelsgeographie und Verkehrswesen zum Gebrauche in kaufmännischen Fortbildungsschulen hat der schweizerische kaufmännische Verein einen Preis von 1000 Fr. ausgeschrieben. Das Werk ist auf Ende 1899 abzuliefern.

— Anarchistische Drohbriebe sollen die polizeiliche Machtenfaltung beim letzten Neujahrsempfang der fremden Gesandten durch den Bundesrat veranlaßt haben. Man habe zwar vielfach geglaubt, es handle sich bei dem Drohbrief mehr um den faulen Witz eines dummen Jun-